



Nr. 64.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

93. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einseitige Seite 12 Pfg., außerhalb desselben 16 Pfg., Anzeigen 30 und 35 Pfg. Schluß der Anzeigennahme 9 Uhr vormittags. Fernsprecher 8.

Samstag den 16. März 1918.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtkosten Mk. 1.85 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- und Hochbornbezirk Mk. 1.85, im Fernbezirk Mk. 1.95. Bestellgeld in Württemberg 30 Pfg.

Wiedererrichtung des Herzogtums Kurland.

Die Entente und Holland.

Eine Erneuerung des Ultimatum der Entente an Holland?

(W.B.) New York, 15. März. „N.Y. Press“ meldet aus Washington: Die Vereinigten Staaten und England haben Holland endgültig mitgeteilt, daß, wenn die schwebenden Abmachungen über die Benützung von holländischen Schiffen durch die Verbündeten nicht am 15. März angenommen werden, man die Schiffe zum Gebrauch der Verbündeten nehmen werde. Die Interessen Hollands würden in jeder Weise durch reichliche Zufuhren von Lebensmitteln gewahrt werden. Die Vereinigten Staaten und England übernehmen es, die Fortdauer des holländischen Schiffsverkehrs nach den ostindischen Kolonien zu erleichtern, so daß diese Kolonien mit Gütern versorgt werden und der Handelsverkehr geschützt ist. Man hat Holland wissen lassen, daß reichliche Mengen von Lebensmitteln zu seiner Verfügung stehen werden, wenn es Schiffe schickt, um sie zu transportieren, und zwar mit den bestimmtesten Versicherungen, daß diese Schiffe Kohlen bekommen und nicht requiriert werden sollen.

Annahme des Ultimatum durch Holland?

Rotterdam, 15. März. Der „Maasbode“ erfährt von vertrauenswürdiger Seite, daß demnächst 15 niederländische Dampfer, die in niederländischen Häfen liegen, eine Reise nach Südamerika und zurück unternehmen werden. (Wenn die holländischen Schiffe nach Südamerika fahren, so geschieht es lediglich für Ententezwecke. Zurück werden die Schiffe natürlich ebenfalls nur im Interesse der Entente kommen. Holland hätte sich also, wenn die Nachricht sich bestätigt, dem Ultimatum nicht widersetzt und man will mit der Meldung nur eine milde Form suchen, Hollands Nachgeben zu bemängeln. Die Schriftleitung.)

Die holländische Presse zu dem beabsichtigten Schiffsraub der Entente.

(W.B.) Amsterdam, 15. März. „N.Y. Handelsblatt“ bemerkt zu der vom amerikanischen Bureau telegraphierten britischen Erklärung, wonach die Annahme der holländischen Schiffe keine neue Form von Seeraub sei: Diese Tat sei allerdings Seeraub und ein ganz grober Willkürakt. Die Holländer werden diese Beschöpfung niemals einsehen. Sie werden eine Raube immer eine Raube, die alliierten Regierungen Schrecken nennen. Wir werden der Gerechtigkeitstriebe, die Präsident Wilson so prächtig in Worten zum Ausdruck bringen, genau soviel Wert beimessen, wie der Liebe des Landes für die kleinen Nationen, das die südafrikanischen Republikern erordnet hat. Wenn Amerikas Peinante jetzt so tun, als ob die Beschöpfung unserer Schiffe notwendig wäre, um die Neutralen der ganzen Welt mit Lebensmitteln zu versorgen, so ist das nur eine armselige Ausrede. England muß Schiffsraum haben, und damit ist alles gesagt. Wir wissen noch nicht, was unsere Regierung tun wird. Wird sie einen Protest veröffentlichen, die Zustimmung zum Seeraub verweigern, oder die Sache lassen wie sie ist? Wird sie einzutauschen suchen, was ihr, wenn sie es nicht eintauscht, doch genommen wird? Wird sie die Gesandten der seeräuberischen Mächte ersuchen, ihre Koffer zu packen und abzugeben? Viel wäre damit nicht verloren. Das Blatt schließt: In einem solchen Augenblick muß es der Klugheit der Regierung überlassen bleiben, die Entscheidung zu treffen, die Land und Leute am wenigsten schädigt. — Die „Lijb“ schreibt: Das Ultimatum der alliierten Regierungen ist eine der größten Verleumdungen, die man Holland zugefügt hat. Holland wird sich darin fügen müssen, aber die Erinnerung an den großen Machtmißbrauch durch die Beschöpfung der kleinen Nationen wird im Gedächtnis des holländischen Volkes lange fortleben.

(W.B.) Amsterdam, 16. März. Der „N. Courant“ schreibt: Man kann nach den Berichten aus London und Washington nicht mehr zweifeln, daß die Bedingungen, unter denen Amerika und die Alliierten uns zur Annahme des in London entworfenen Schiffsraubsabkommens zu bewegen trachten, die Form eines Ultimatum angenommen haben. Nichts stimmt bei dieser Gewalttat so bitter, wie der Versuch, sie mit einem völkerrechtlichen Mäntelchen zu umkleiden. Der „N. Rotterdamsche Courant“ sagt: Das Ziel

Anerkennung des Herzogtums Kurland.

(W.B.) Berlin, 15. März. Bei dem heutigen Empfang der Abgeordneten des kurländischen Landessrats beim Reichskanzler verlas Unterstaatssekretär v. Radowicz die Antwort auf den bekannten Beschluß des Landessrats. Darin heißt es:

Wir besonderer Freude und Ehrung haben Se. Majestät vor, der an ihn gerichteten Bitte Kenntnis genommen, die Herzogskrone Kurlands anzunehmen. Die allerhöchste Entscheidung wird nach Anhörung der zur Mitwirkung berufenen Stellen getroffen und dem Landessrat mitgeteilt werden. Mit lebhafter Freude und Genugthuung haben Se. Majestät ferner ersehen, daß der Wunsch des Landessrats auf eine enge Verbindung des Herzogtums mit dem Deutschen Reich gerichtet ist. In dieser Hinsicht steht nichts mehr im Wege. Se. Majestät haben mich beauftragt, im Namen des Deutschen Reiches das wiedererrichtete Herzogtum als freies und unabhängiges Herzogtum anzuerkennen, ihm den Schutz und Beistand des Deutschen Reiches bei dem Aufbau seiner Verfassung, die auch eine Landesvertretung auf breiter Grundlage vorsehen muß, zuzusichern und wegen der Festlegung und Konfirmierung der vom Landessrat beschlossenen engen Verbindung mit dem Deutschen Reich das Weitere zu veranlassen.

der Alliierten ist: Holland soviel Schiffsraum wegzunehmen als möglich. Auf die Mittel, wie sie das erreichen, kommt es den edlen Anwälten der Menschlichkeit und des Rechts, den sich als Vorläufer der kleinen verheimelnden alliierten Regierungen, nicht an. Das Blatt betont, daß das Befahren des gefährlichen Gebiets Holland mindestens die Hälfte seiner Schiffe kosten würde, und daß es eine Lebensfrage für das Land sei, für den Wettbewerb nach dem Kriege über möglichst viel Schiffsraum zu verfügen. Dem entsetzten Versprechen, die torpedierten niederländischen Schiffe durch andere zu ersetzen, sei wenig Wert beizumessen; denn wo nichts ist, hat selbst der Kaiser das Recht verloren. Wenn die Alliierten es mit ihrem Plan, die torpedierten niederländischen Schiffe aus ihren eigenen Schiffsvorräten zu ersetzen, aufrichtig meinten, können sie ebenfogut ihre eigenen Schiffe der Vernichtung preisgeben; denn das würde auf dasselbe hinauslaufen. In der niederländischen Vorrede auf Grund der Bedingungen, daß Schiffe nicht im gefährlichen Gebiet benutzt werden dürfen, zurückgewiesen, dann wisse Holland, was das zu bedeuten habe und es werde sich nach dieser neuen Lage richten müssen.

Die Anerkennung Kurlands als freies, unabhängiges Herzogtum. — Die weiteren östlichen Fragen.

Eine Abordnung des kurländischen Landessrats, der verfassungsmäßig den Willen der Kurländer vertritt, ist gestern beim deutschen Reichskanzler erschienen, um eine Antwort des Kaisers auf die vom Landessrat ausgesprochenen Wünsche des Anschlusses Kurlands an Deutschland und auf Ueberrahme der Herzogskrone von Kurland durch den Deutschen Kaiser zu erbitten. Der Kaiser hat nun im Namen des Deutschen Reiches erklärt, daß Deutschland das wiedererrichtete Herzogtum Kurland als freies und unabhängiges Herzogtum anerkenne und daß über die Annahme der Herzogskrone durch den Kaiser und das Haus Hohenzollern nach Anhörung der zur Mitwirkung berufenen Stellen eine Entscheidung getroffen werde. Die Abordnung wünscht ferner, daß im Wege des Abschlusses von Konventionen des Militär-, Zoll-, Verkehrs-, Maß-, Münz- und Gewichtswesens, sowie durch anderweitige Verträge eine möglichst enge Verbindung Kurlands mit dem Deutschen Reich in militärischer und wirtschaftlicher Beziehung sichergestellt wird. Es wird sich also um die Angliederung Kurlands als neuen deutschen Bundesstaat in Form einer Personalunion mit dem preussischen Herrscherhause handeln, vorausgesetzt, daß die für diese Verfassungsänderung zuständigen Stellen (Bundesrat und Reichstag) ihr Einverständnis damit erklären. Bis heute hört man, daß verschiedene Stimmen gegen die Angliederung Kurlands an Preußen laut geworden sind, und die Kurland zusammen mit Estland und

Livland als freien Bundesstaat betrachtet wissen möchten. Wie sich aber die Angliederung der baltischen Provinzen an Deutschland staatsrechtlich vollziehen wird, das ist aber nur noch eine formelle Angelegenheit, die lediglich nach innerpolitischen und Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten geregelt werden dürfte. Die Hauptsache ist, daß das deutsche Ostland, das durch vielhundertjährige Geschichte und durch Stammesverwandtschaft kulturell mit dem Deutschen Reich verbunden war und seine deutsche Eigenart bis auf den heutigen Tag trotz aller Anfeindungen und Unterdrückungen erhalten hat, nun auch politisch mit dem Deutschen Reich vereinigt ist, und zwar auf Grund des von der Entente aufgestellten Selbstbestimmungsrechts der Völker. Wie sich nun der Anschluß Estlands und Livlands an Deutschland gestalten soll, darüber ist man sich anscheinend noch nicht klar geworden.

Auch über die staatsrechtliche Gestaltung Polens ist noch keine Entscheidung getroffen worden. Es muß als selbstverständlich erscheinen, daß auch hier die Mittelmächte, die den Polen doch erst die Grundlage für ihre Selbständigkeit mit ihrem Blut geschaffen haben, ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben. Die Polen scheinen im Hinblick auf die entschiedene Haltung unserer Regierungen wieder zur Vernunft kommen zu wollen, und man spricht jetzt wieder davon, daß die Lösung der polnischen Frage in dem Sinne gesucht werden soll, daß Polen als selbständiges Königreich vielleicht unter Einschluß Galiziens mit Oesterreich-Ungarn verbunden werden soll. Ein Ausgleich zwischen den deutschen und polnischen Interessen soll angestrebt werden. Aber wie gesagt, es handelt sich hier nur um Gerüchte, von denen nur das sicher ist, daß eben verhandelt und eine Verständigung gesucht wird. Was die ostlichen Fragen angeht, so dauert der Wirrwarr in Rußland an. Die Maximalistenregierung hat ihren Sitz von Petersburg in die alte russische Haupt- und Krönungsstadt Moskau verlegt, weil Petersburg jetzt eben nicht mehr als Regierungssitz geeignet ist, nach Abtrennung Finnlands und der baltischen Provinzen. Die Bolschewiki führen ihr strenges Regime einzuwillen noch fort und sind anscheinend immer noch dabei, ihre Macht nach allen Seiten des Reiches zu festigen. Besonders wird das auch von Sibirien gemeldet, wo die gegenrevolutionäre Bewegung an Raum gewinnen soll. Aber die Nachrichten über die Lage in Sibirien sind nach wie vor mit Vorbehalt aufzunehmen, weil die Entente Interesse daran hat, die wahren Verhältnisse zu verschleiern. Man will einen Vorwand schaffen, um in Sibirien einzumarschieren, und der gibt sich beim Vorhandensein von „Anarchie“ sehr leicht. England arbeitet mit aller Macht daran, die Japaner für dieses Geschäft zu engagieren. Im Unterhaus erklärte der Außenminister Balfour auf eine Anfrage, wenn eine Durchdringung Deutschlands in Form auch eine verhängnisvolle Kraftverschwendung bedeuten würde, so sei sie doch von einem bis zum andern Rußland möglich. Das Ziel der Verbündeten sei aber, daß Rußland stark, unverleert, sicher und frei werde, und daher müsse man sich fragen, ob nicht einer der Verbündeten Rußland die Hilfe leisten könne, der es bedürfte. Das ist nun, das sich selbstverständlich nicht von eigentlichen oder unehrenhaften Beweggründen leiten lasse. Also die ganze Entente ist jetzt auf einmal bemüht, dem armen Rußland gegen die Raubabsichten Deutschlands zu helfen. Die weitblickenden Russen werden da auch wohl sagen: Herr beschüne uns von unsern Freunden. Die Frage der Teilnahme Chinas an dieser „Hilfsoperation“ dürfte aber in den Hintergrund treten; denn der Norden und Süden sind einmal wieder daran, sich im Bürgerkrieg zu messen. Welche Einflüsse bei diesem Konflikt sich geltend gemacht haben, das brauchen wir nicht erst noch besonders zu erwähnen. Das aber können wir wohl heute schon sagen: Wenn die japanische Expedition zustande kommt, gegen Deutschland dürfte ihr Hauptaugenmerk schwerlich gerichtet sein. O. S.

Die Ausrüstung Petersburgs beendet.

(WZ.) Stockholm, 16. März. Nach einer Havasmeldung aus Petersburg vom 14. März wird amtlich bekannt gegeben, daß die Ausrüstung Petersburgs beendet ist und daß von gestern an kein Bewohner die Stadt verlassen darf. Zu diesem Zweck ist der Verkehr aller Personenzüge, selbst der Lokalzüge, von gestern früh an aufgehoben worden. Der Rat der Kommissare der Kommune Petrograd, so lautet von jetzt ab der amtliche Name für Petersburg und seine Umgebung, hat das Erscheinen aller sogenannten bürgerlichen Zeitungen, die seit Beginn der deutschen Offensive verboten waren, wieder genehmigt. Die „Petersburger Telegraphenagentur“ ist nach Moskau übergesiedelt und hat eine Filiale in Petersburg errichtet.

Die russische Regierung in Moskau. — Die Stimmung im Lande.

Rotterdam, 15. März. Nach dem „N. N. C.“ meldet der Petersburger Korrespondent der „Daily News“: Ratione, aus Moskau vom Dienstag: Alle Tore des Kreml bis auf eines sind geschlossen. Im Kreml sind große Vorräte von Munition aufgeschichtet, die von einem lettischen Regiment dorthin gebracht wurden. Man beabsichtigt, den Kreml in eine Festung der Revolutionäre umzuwandeln. Der Friedensvertrag von Brest-Litowsk wird wahrscheinlich ratifiziert werden, da es Lenin gegnügt ist, die Mehrheit der Bolschewiki für seinen Standpunkt zu gewinnen. Die bestehenden Klassen in Rußland sehen ein, daß ein Friede im wahren Sinne des Wortes unmöglich ist, solange die Sowjets die Macht in den Händen haben. Im Hause eines Moskauer Kaufmanns hörte der Korrespondent sagen, daß die russischen Kaufleute lieber vom Kaiser von China, als von den Bolschewiki regiert werden wollen. Man spricht von den Deutschen wie von Rettern. Die bestehenden Klassen sehen ein, daß die Macht der Sowjets mit Lenin an der Spitze sowohl für Deutschland, als auch für sie selbst eine Gefahr ist.

China vor einer neuen Krise.

Huag, 15. März. Die „Times“ meldet aus Peking vom 6. März: In China droht eine Krise. Die nördliche Militärpartei beabsichtigt offenbar einen Staatsstreich in Peking wegen der schwierigen Lage im Jangtsektal. Der Generalgouverneur von Mukden, Chang Tso Ling hat seine Truppen innerhalb der Großen Mauer vorgeschoben, offenbar in der Absicht, sich den Operationen an der Grenze von Szechuan gegen die südlichen Truppen anzuschließen. Man glaubt allgemein, daß an eine Wiederherstellung der Mandschubherrschaft gedacht wird. Der Präsident kündigt inzwischen an, er habe die Absicht, zurückzutreten, und es ist möglich, daß er aus seinem Amt gedrängt wird. An der Grenze von Hupeh stehen sich die nördlichen und südlichen Truppen gegenüber. Die Feindseligkeiten können jeden Augenblick eröffnet werden, aber ein Ausgleich ist immer noch möglich. Eine bedeutendere Gruppe der nördlichen Partei, deren Führer der Präsident ist, fähig immer noch fort, eine friedliche Lösung anzupfehlen.

Die Lage auf den Kriegsschauplätzen

Die deutsche amtliche Meldung.

(WZ.) Großes Hauptquartier, 15. März. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Die tagsüber schwache Artillerietätigkeit verstärkte sich vor Einbruch der Dunkelheit in wenigen Abschnitten während der Nacht lebte sie in Verbindung mit eigener und feindlicher Erkundungsvorposten vorübergehend auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz: Die Einkesselung der Franzosen auf der Kathedrale von Reims wurde erneut in Tätigkeit beobachtet. Festiges Beschießungsfeuer lag von Mittag an auf unseren Stellungen nördlich und nordwestlich von Prosnés. Starke französische Abteilungen, die am Abend in breiter Front vorrückten, konnten nur westlich von der Straße Thuizy-Nauroy in unsern vorderen Gräben Fuß fassen, im übrigen wurden sie im Nahkampf zurückgeworfen. Auf dem östlichen Maasufer hielt tagsüber gestärkte Feuerartillerie an.

Feindliche Verbände, die in der Ukraine die von Romel und Klew nach Bachmatich führenden Verbände bedrohten, wurden in mehrfachen Kämpfen gestreut. Bachmatich wurde besetzt.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Einleitend im Ludendorff über die militärische Lage.

(WZ.) Berlin, 15. März. Ueber Hindenburgs und Ludendorffs Auffassung der militärpolitischen Lage bringen die Morgenblätter Mitteilungen, die die Kriegsberichterstattung der Westfront von ihnen kurz vor der Abreise nach Berlin enthalten. Beide Männer waren erfüllt von dem Ereignis. „Die Rette, die uns würgen sollte“, sagte Hindenburg, „ist gesprengt und wir können unsere ganze Kraft dem Westen zuwenden. Man wirt uns vor, daß wir im Osten als Gewaltmenschen aufgetreten sind, aber der Krieg ist keine weiche Sache. Es ist unvermeidlich, daß man hart zugreift. Wir müssen uns auch unbedingt Grenzsicherungen verschaffen, damit das Elend, das wir 1914 in Ostpreußen erlebten, sich nicht noch einmal wiederholen kann.“ — „Nicht wir“, sagte Ludendorff, „sondern die unerhörten Zustände in Rußland selbst haben den Russen wehe getan.“ Als darauf hingewiesen wurde, daß die Helmat wohl den Sieg im Osten noch nicht in seinem ganzen Umfange erfasse, weil alle Blicke nach dem Westen gerichtet seien, stimmte Hindenburg zu und meinte: „Es ist ja immer so, daß man die Begebenheiten der Gegenwart nicht nach Gebühr einschätzt.“ Zu den Verhältnissen im Westen meinte Hindenburg:

Amtliche Bekanntmachungen.

Die (Stadt-)Schultheißenämter werden an die Erledigung des Erlasses vom 15. Februar 1918 (Calwer Tagblatt Nr. 46) betreffend

Anmeldung und Ablieferung von Frätsch aller Art auf 1. März 1918,

erinnert. Gegebenenfalls wolle bis 20. d. Mts. Fehlanzeige

erstattet werden. Rgl. Oberamt:

Calw, den 15. März 1918. Binder.

burg: „Frankreich hat sich selbst sein Grab gegraben. Es hat sich ganz in englische Hände gegeben. Wenn die Franzosen unsere armen gefangenen Kameraden anständig behandeln, so könnte man mit dem Unglück dieses Volkes Mitleid haben.“ Ludendorff sagte: Jetzt können wir an den Angriff denken. Kommt er, so wird er eine schwere Aufgabe werden. Man behaupte, daß der Feind an der englisch-französischen Front allein eine Menge Divisionen in Reserve hat, daß er ein gut ausgebautes Bahnnetz besitzt, um diese Reserven hin- und herzuführen. Aber auf die moralische Kraft kommt es an. Wir sind voll Vertrauen, daß der Kampf, der entbrennt, auch glücken wird.“

Wieder ein feindlicher Fliegerangriff auf Freiburg i. B.

(WZ.) Karlsruhe, 14. März. Gestern nachmittag gegen 4 Uhr griffen feindliche Flieger abermals die offene Stadt Freiburg i. B. an. Es wurden mehrere Bomben abgeworfen. Keinerlei militärischer Schaden, einiger Sachschaden an Häusern. Verletzt wurden 5 Personen, darunter eine Krankenschwester und 2 Lazarettinsassen. Zwei feindliche Flugzeuge wurden abgeschossen.

Die feindliche Auffassung über die Lage im Westen.

Birich, 15. März. Der „Tagesanzeiger“ schreibt: Die Unternehmungen auf der Westfront wachsen allmählich derart in die Breite und nehmen derart an Festigkeit zu, daß man kaum mehr unterscheiden kann, was als kurzgedachtes Anklärungsunternehmen geplant ist oder, ob aus diesem oder jenem Vorstoß nicht unvermittelt der große Entscheidungsschlacht herauswächst. Wie die Engländer melden, haben die Deutschen im Norden von Ypern in einer Breite von über zehn Kilometer angegriffen, so daß schon von einer Schlacht gesprochen werden muß, und Kämpfe ähnlicher Ausdehnung werden auch an anderen Frontabschnitten gemeldet. Verpricht die Wetterlage noch einige Beständigkeit, so ist es nicht ausgeschlossen, daß man unvermittelt in die große Frühlingsoffensive hinübergeleitet.

Die „Zürcher Morgenztg.“ meldet: Die Spannung wegen der bevorstehenden deutschen Offensive hält an, da auf den Nordfronten in Belgien und Frankreich der Erkundungskrieg mit größter Nervosität fortgesetzt wird. In französischen Militärkreisen glaubt man neuerdings, daß Toul und Reims die Hauptziele der deutschen Offensive werden, während die Engländer einen Hauptschlag bei Arras bezwecken.

Truppenaustausch an der italienischen Front.

Berlin, 16. März. Laut „V. L. N.“ meldet die „Neue Zürcher Ztg.“ aus Gené: Aus zuverlässiger Quelle vernimmt man, daß die Schließung der französischen Grenze durch Transporte englischer Truppen an die italienische Front veranlaßt wurde. Diese Truppen sind dazu bestimmt, die französischen Kontingente zu ersetzen, die an die französische Front zurückbeordert wurden.

Neue U-Bootsverluste.

(WZ.) Berlin, 15. März. (Amtlich.) Im westlichen Mittelmeer wurden durch unsere U-Boote 8 Dampfer und 1 Segler von zusammen mindestens 27 000 Br.-R.-Tonnen versenkt. Insbesondere ist an diesem Erfolg „U 35“, Kommandant Kapitänleutnant Arnaud de la Perriere, beteiligt. Dieser bewährte Kommandant hat in 24-tägiger Tätigkeit im Mittelmeer mit seinem erprobten Boot an Schiffsräumen rund eine halbe Million Br.-R.-Tonnen versenkt. Der Chef des Admiralstabs der Marine.

(WZ.) Berlin, 15. März. Zu dem englischen Raub holländischer Tonnage gefelt sich eine neue, für Englands Vorklage nicht minder bezeichnende Nachricht der „Times“ vom 25. Februar: Das englische Kriegskabinett habe nach langer Ueberlegung entschieden, daß bei Zuteilung von Schiffsräumen die Lebensmittel den Vorrang vor allen anderen Kriegsbedürfnissen haben sollen. — Der feindliche Schiffsraum reicht also nicht mehr aus, um Lebensmittel und Kriegsbedarf gleichzeitig in der erforderlichen Menge heranzuschaffen und das Kabinett verzichtet notgedrungen auf die Kriegszufuhr, um die darbennde Bevölkerung nicht weiter zu leiden. Damit ist die englische Politik an einen entscheidenden Punkt gelangt. Leben ist wichtiger als Kriegsführen. — Schon Churchill sagte am 11. Januar im amerikanischen Freihändelsklub: Ich habe den Granatstahl um Hunderttausende von Tonnen vermindern müssen, nur aus Mangel an Schiffen. — Der vorsichtiger Herr Geddes führt die Erdrosselung der amerikanischen Zufuhr von Stahl und Rohstoffen hauptsächlich auf einen großen Schneesturm und starken Frost in den Vereinigten Staaten, beklüftig allerdings auch auf die wahre Ursache, auf die Einschränkung der Schifffahrt, zurück. — Nur Geddes und England wird einsehen, daß es seinen ausbleibenden Kampf gegen unsere U-Boote auf die Dauer nicht bestehen kann!

Die Schiffsräumkrise Englands.

Archibald Hurd sagt im „D. Telegraph“ die englische Schiffslage folgendermaßen zusammen: Großschiffe zu durchschnittlich 5000, Kleinschiffe zu 1000 Tonnen angenommen, verloren wir im Vorjahr 4½ Millionen Tonnen. Wir ersetzten durch Bau und Ankauf 1½ Millionen, erlitten somit einen Nettoverlust von 20 Prozent unserer Gesamttonnage. Im Januar und Februar war das Bauergebnis nicht besser als im Vorjahr. Der neutrale Schiffsmarkt ist so gut wie erlosch. Unsere Lebensmittelrationen können

nicht weiter gekürzt werden. Archibald Hurd betont, daß jedes Jahr verlorene Schiffe nicht ersetzt werden. Er schreibt die Schuld der Leitung des Schiffbaus durch Nichtfachmänner zu, die vom Schiffbau nichts verstanden und schließt: Die Sturmglöcke ist jetzt gelüftet worden. Jedermann fängt zu verstehen an, daß der Plan schlecht war oder versagt hat, und währenddessen zerstört der Feind weiter unsere Schiffsflotte, die unsere wesentlichste Kampfkraft ist, ohne die Marine, Heer, Munitionsvorsorgung, Verschiebung und alles andere der Erschöpfung entgegengehen müssen.

„Daily Chronicle“ ist, wie die meisten andern englischen Blätter über die schlechten Ergebnisse im Neubau von Handelsschiffen sehr betrübt. Die Admiralität, der die Sache übergeben worden sei, habe in diesem Punkte versagt. Es sei eine schwere Beunruhigung, daß von 345 gestellten Einheitschiffen in den vergangenen 45 Monaten nur 19 abgeliefert worden seien. Die ersten zwölf Monate des Schiffneubaus unter Leitung der Admiralität seien beklagenswert hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die Frage der neuen Tonnage sei für Englands Erfolg im Kriege so wesentlich, daß die Nation ebensowenig Faulpelze in den Werften, als eine unfähige Leitung seitens der Admiralität dulden werde. Es müsse eine gründliche Besserung eintreten und zwar unverzüglich.

(WZ.) Christiania, 15. März. Ein Privatteleogramm der Zeitung „Verdensgang“ von ihrem Londoner Berichterstatter meldet: Die Angst wegen der Schiffbaukrise nimmt zu. Es beginnt der Allgemeinheit klar zu werden, daß, wenn auch die Vernichtung der Unterseeboote zufriedenstellende Ergebnisse zeigt, ein vollständiger Zusammenbruch ernstester Art auf dem Gebiete des Schiffbauwesens eintritt.

Bermischte Nachrichten.

Ein Antrag auf Errichtung einer Zentralprüfungsstelle für Kriegslieferungen.

(WZ.) Berlin, 15. März. Der Hauptausschuß des Reichstags beriet heute abermals die Frage der Kriegslieferungen. Dabei wurden wiederum die Fälle Daimler und v. Behr-Pinnow erörtert. Schließlich wurde einstimmig der Antrag angenommen, in sämtlichen mit dem Heeresbedarf arbeitenden Betrieben die Geschäftsführer und die für die Berechnung der Preise maßgebenden Unterlagen überwachen zu lassen, insbesondere bei sämtlichen Zentralbeschaffungsstellen für die Bedürfnisse des Heeres und der Marine Prüfungsstellen einzurichten, eine Zentralprüfungsstelle der Kriegslieferungen zu schaffen, die die Tätigkeit aller einzelnen Prüfungsstellen überwachen soll. Zurückgezogen wurde der Antrag, die für den Heeres- und Marinebedarf arbeitenden Betriebsleitungen zu militarisieren und diesen Betrieben für die Zeit der Militarisierung nur solche Preise zu zahlen, die eine Verzinsung des investierten Kapitals zu 5 Prozent gestatten.

Verdigung des Prinzen Mirko von Montenegro.

(WZ.) Wien, 15. März. Mit militärischen Ehren fand gestern das Beichenbegängnis des in Wien verstorbenen Prinzen Mirko von Montenegro statt. Nach der feierlichen Einsegnung, der in Vertretung des Kaisers Karl der Oberkammerer Graf Berchtold bewohnte, wurde der Sarg unter militärischer Begleitung auf den Zentralfriedhof gebracht, wo er in den Arkadengrüften provisorisch beigesetzt wurde.

Die Absichten des Zusammenschlusses sämtlicher amerikanischen Staaten.

Bern, 15. März. Der „Tenn.“ meldet aus Buenos Aires: Die brasilianische Regierung wird in Uebereinstimmung mit der Regierung der Vereinigten Staaten eine Konferenz der südamerikanischen Nationen nach Panama einberufen zur Festlegung einer pan-amerikanischen Verständigung während und nach dem Kriege. — (Die europäischen Staaten aber bekämpfen sich zur Freude Amerikas und Italiens lediglich wegen der englischen Herrschaftsgelüste.)

Aus Stadt und Land.

Calw, den 16. März 1918.

Kriegsauszeichnung.

Pionier Friedrich Fenschel von Altburg hat zum Eisernen Kreuz die Silberne Verdienstmedaille erhalten. — Verliehen wurde die Silberne Verdienstmedaille dem Albert Karle, Schütze bei einer Maschinengewehrabteilung, Sohn der Witwe Karle, hier.

Zur 8. Kriegsanleihe.

Den Staatsbeamten, Geistlichen und Lehrern an öffentlichen Schulen, an die Bezüge aus staatlichen Kassen unmittelbar ausbezahlt werden, sowie den Empfängern von Ruhegehältern usw. aus staatlichen Kassen wird dem Vernehmen nach auch diesmal Gelegenheit gegeben werden, sich durch Vermittlung der kgl. Staatskassenverwaltung an der Zeichnung auf die 8. Kriegsanleihe zu beteiligen.

Generalbetriebsleitung Süd.

Für den Südwesten Deutschlands ist eine Generalbetriebsleitung Süd in Frankfurt a. Main errichtet worden; ihr wurden auch die Württemb. Staatsbahnen angegliedert. Ihre Aufgabe ist, sich dauernd über die Betriebslage in den ihr zugeteilten Bezirken zu unterrichten, die Gründe von Erschwerungen und Störungen des Betriebs zu ermitteln und im Benehmen mit den Direktionen die notwendigen Abhilfemaßnahmen zu veranlassen, Züge über andere als die regelmäßigen Leitungswege umzuleiten, die andere Verteilung der Aufgaben der Rangierbahnhöfe und Sperrungen des Verkehrs anzuordnen usw. Die württemb. Eisenbahnverwaltung ist bei der Generalbetriebsleitung Süd durch einen Beamten vertreten.

Stuttgart, 16. März. Der soeben zur Ausgabe gelangte Entwurf des Hauptvoranschlags der Stadt Stuttgart für das Rechnungsjahr 1918 reft an Ausgaben

Deutscher Wehrverein. Ortsgruppe Calw.

Sonntag, den 17. März 1918, abends 7 1/2 Uhr,
im Saal des Hotel „Waldborn“

Vortrag

von Herrn Oberlehrer Kalkbrenner von hier über
„Zwei Tage von Tannenberg“.
(1410—1914.)

Anschließend daran
musikalische Vorträge

von Mitgliedern des Wehrvereins.

Mitglieder, sowie Freunde und Gönner des Wehrvereins sind
freundlichst eingeladen.

Der Ausschuss.

Öffentlicher Vortrag!

Am Dienstag, den 19. März ds. Js.,
findet
in Calw, im Saale des „Bad. Hof“
ein öffentlicher Vortrag über die

wirtschaftliche Bedeutung unserer Friedens-Schlüsse

von
Professor Dr. R. J. Hartmann aus Stuttgart
statt.

Anfang abends 8 Uhr. Eintritt frei!

Die Firma
Max Zuder, Weilderstadt
empfiehlt für das Frühjahr Ihr
großes Lager
in
**Maschinen, Geräten
und Ersatzteilen.**
Kein Landwirt sollte die Beschäftigung des
Lagers veräußern.
Telefon Nr. 41. Telefon Nr. 41.

Kontor und Lager jeden Sonntag
bis Einbruch der Dunkelheit offen.
Kontor und Lager jeden Sonntag
bis Einbruch der Dunkelheit offen.

Allgemeine Rentenanstalt zu Stuttgart

Lebens- und Rentenversicherungsverein auf Gegenseitigkeit.

Wir übernehmen direkt und durch unsere Herren Agenten

Zeichnungen zur VIII. 5%igen Kriegsanleihe

gegen Barzahlung, gegen Verpfändung unserer Versicherungen und
von Wertpapieren, sowie ohne besondere Anzahlung gegen Abschluss einer

Kriegsanleihe-Versicherung.

Der Vorstand.

Kirchenbau Almbendingen!



à 1 M. Hauptgewinn 15000 M.
bei Friseur Witz, Marktpl.
Ziehung 21. März

Eine gebrauchte Elastic-
**Schuhmacher-
Nähmaschine,**
ebenso eine Singer-
**Schneider-
Nähmaschine,**

beide gut im Stand u. unter
Garantie für saubere Naht
verkauft Friedrich Herzog.



Alle Musik- Instrumente

für Haus u. Orch-
ester von den ein-
fachsten Schüler- b.
zu den feinsten Künstler-Instrument
aller Zubehör Saiten u. f. w. in reicher
Auswahl empfiehlt **Musikhaus**
Eurtz, Pforzheim, Leopoldstr. 17
(Arkaden Riedelsch-Rohrbrücke.)
Großhandlung. — Einzelverkauf.

Ankauf abgepielt. Grammophon-
Platten und Bruch,
zum festgesetzten Höchstp. v. Mk. 1.75
per kg. Ausführung aller Repara-
turen und Stimmen.

Eine Freude

bereiten Sie Ihren
Ausmarschierern, wenn
Sie ihnen das Calwer
Tagblatt ins Feld send.

Kern- Rasierseife

Toilettenseife und Kern-
Waschseife,
prima ausländische Fettware, habe
noch abzugeben gegen Seifen-
karte. Anfragen Rückporto.
Mag Wittke, Magdeburg.
Spielhagenstr. 27.

Sozialdemokrat. Partei.

Sonntag, den 17. März, nachmittags 1/4 Uhr,
findet im Gasthof zum „Badischen Hof“ hier eine

öffentliche Versammlung

statt.

Thema: „Die politische Lage“.
Redner: Herr Otto Steinmayer aus Stuttgart.
Dazu ist jedermann, auch Frauen, freundlichst eingeladen.
Der Einberufer.

Lichtspiel-Theater Calw Badischer Hof.

Vorstellungen

Sonntags 3—6 Uhr und 1/28—1/210 Uhr.

Ein guter Rat. Lustspiel in 1 Akt.
Nebel und Sonne.
Spannendes Drama in 5 Akten, in der Hauptrolle **Mia May.**
Das Loch in der Pfanne.
Reiz. Lustspiel, 2 Akte, in der Hauptrolle **Anna Müller-Einke.**
Personen unter 17 Jahren ist der Eintritt untersagt.
Rauchen verboten.
Die nächste Vorstellung findet am Ostermontag
statt (mit Jugend-Vorstellung).

Landwirtsch. Consumverein Calw.

Rainit, Futtererbsen
und Wicken, auf Saatkarten,
sowie Rotklee, best. Qual.
sind auf Lager.
Koch- und Viehsalz
ist eingetroffen und wird nur an Mitglieder verkauft.

Bad Teinach

Geschäftsübernahme und Empfehlung.

Einer verehrlichen Einwohnerschaft von hier und Umgebung
mache ich die höf. Mitteilung, daß ich das
Flaschnerei-Geschäft vorm. G. Zerweck Witwe
hier übernommen und neben der Flaschnerei auch ein
Schlosserei- und Installations-Geschäft
eröffnet habe.
Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, alle vorkommenden
Arbeiten prompt und billig auszuführen und meine Kundschaft
zu vollster Zufriedenheit zu bedienen.
Hochachtungsvoll
Robert Schneller, Schlosserei, Flaschnerei u. Installation.

Bügel = Kohlen,

beste Buchenmeißler, empfiehlt
Emil Retter, Weilderstadt.

Stuttgarter Kunstfärberei

färbt und reinigt Anzüge und Stoffe
in Leinen, Wolle und Baumwolle.
Annahmestelle: **W. Entenmann, Calw,**
Lederstraße 91.